



Samstag, 10. Oktober 2026, 15:58 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Die folgenlose Redefreiheit

Man kann heute alles sagen, aber es juckt die Herrschenden nicht — soziale Medien wurden so zum Sicherheitsventil des Status quo.

von Ken Lipenga

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Alex Photo Stock, FaizaShaheenSandhu)

Früher fürchteten Machthaber die freie Rede, weil aus Worten Bewegungen werden konnten. Heute kann

jeder seine Empörung öffentlich herausschreien – jederzeit und vor einem Millionenpublikum. Doch was passiert, wenn Protest jederzeit möglich ist, aber kaum noch etwas bewirkt? Vielleicht liegt darin ein Paradox unserer Zeit, über das wir bisher zu wenig nachgedacht haben.

Es gab eine Zeit, da konnte ein Telefonanruf einem das Herz in die Hose rutschen lassen.

Ich erinnere mich, eines Morgens einen solchen Anruf erhalten zu haben. Mir wurde mitgeteilt, dass der Generalinspekteur der Polizei mich sehen wollte. Es gab keine Erklärung, keine Begründung. Einfach nur die Aufforderung, mich in seinem Büro einzufinden.

In keinem Land nimmt man eine Vorladung durch den ranghöchsten Polizeibeamten der Nation auf die leichte Schulter. Im Malawi jener Tage, das sich gerade erst von jahrzehntelanger Einparteiherrschaft erholte, war es sehr beunruhigend. Bevor ich mein Büro verließ, informierte ich heimlich Familienmitglieder und ein paar enge Freunde darüber, wohin ich ging. Falls ich nicht zurückkehren sollte, würde zumindest jemand wissen, wo man mit dem Fragenstellen beginnen musste.

Wie sich herausstellte, verlief das Treffen im Chichiri Regional Police Headquarters selbst höflich. Der Generalinspekteur war durchweg zuvorkommend. Nirgendwo waren Handschellen zu sehen, es gab keine erhobenen Stimmen und keine Drohungen, die über den Schreibtisch hinweg ausgesprochen wurden. Doch die Botschaft war unmissverständlich.

The Nation, die Zeitung, bei deren Gründung ich kürzlich geholfen hatte, hatte einen Artikel veröffentlicht, der auf meinen Recherchen basierte und darauf hindeutete, dass eine mächtige politische Persönlichkeit Verbindungen zu den berüchtigten Mwanza-Morden von 1983 gehabt haben könnte. Mir wurde mit ausgesuchter Höflichkeit mitgeteilt, dass der Artikel in gewissen hohen Kreisen nicht gut aufgenommen worden sei. Dann kam die Warnung. Wenn ich nicht vorsichtig sei, könne das Konsequenzen haben.

Das Gespräch endete herzlich. Ich verließ das Büro unversehrt.

Doch ich habe dieses Treffen nie vergessen. Vor allem blieb mir in Erinnerung, was es offenbarte.

Es war mir klar, dass diejenigen, die Macht ausüben, daran glauben, dass Worte wichtig sind. Sie glauben, dass ein Zeitungsartikel die öffentliche Meinung formen, das politische Schicksal verändern und vielleicht sogar die Stabilität der etablierten Ordnung bedrohen kann. Warum sonst überhaupt einen Redakteur einbestellen?

Dies war auch nicht die einzige Gelegenheit, bei der ich die Konsequenzen freier Meinungsäußerung zu spüren bekam.

Einige Jahre zuvor wurden nach der Veröffentlichung eines Artikels eines Dozenten der University of Malawi in einer anderen Zeitung, bei der ich Chefredakteur war, mein Redakteur, der Dozent selbst und ich einen Tag lang von Agenten des Special Branch festgehalten und körperlich misshandelt. Und 1992 bekam ich nach der Veröffentlichung meiner beiden Essays mit den Titeln *Of Galileo as Dissident* und *Of Language and Politics* Schwierigkeiten. Ich erzähle diese Vorfälle nicht, um Mitleid zu erregen. Sie erinnern mich lediglich daran, dass ich eine Zeit erlebt habe, in der Regierungen Ideen, Artikel und Leitartikel als gefährlich genug erachteten, um Repressalien zu rechtfertigen. Und genau darum geht es in diesem

Essay.

Wissen Sie, jahrhundertlang teilten Herrscher überall diesen Instinkt. Sie zensierten Zeitungen, verboten Bücher, inhaftierten Journalisten und brachten Dissidenten zum Schweigen, weil sie eine scheinbar einfache Wahrheit verstanden:

Worte haben Konsequenzen. Ideen verbreiten sich. Meinungen werden zu Bewegungen. Und Bewegungen, Gott bewahre, werden zu Revolutionen. Doch inzwischen frage ich mich, ob sich still und heimlich etwas verändert hat.

Heute sprechen vielleicht mehr Menschen frei als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. Jede Minute verurteilt irgendwo auf der Welt jemand einen Präsidenten, deckt Korruption auf, verspottet einen Minister, prangert Ungerechtigkeit an oder sagt im Fernsehen eine Revolution voraus. Millionen solcher Meinungen werden täglich veröffentlicht, augenblicklich und praktisch kostenlos. Und doch bleibt die etablierte Ordnung erstaunlich oft genau dort, wo sie gestern war.

Dieses Paradoxon hat mich zu einer Frage geführt, die einst absurd geklungen hätte: Warum scheinen heutige Tyrannen weniger Angst vor der freien Meinungsäußerung zu haben, als sie es früher einmal hatten?

Ich behaupte nicht, dass autoritäre Regierungen plötzlich zu Liebhabern der Freiheit geworden sind. Überall auf der Welt werden weiterhin Journalisten inhaftiert, Zeitungen geschlossen und Kritiker eingeschüchtert. Im heutigen Gaza werden sie regelmäßig ins Visier genommen und abgeschlachtet. Zensur ist nach wie vor sehr real. Aber es gibt noch eine weitere Möglichkeit, die eine Betrachtung verdient:

Was wäre, wenn die Technologie, durch die wir heute unsere Meinungsfreiheit ausüben, ihre politische Funktion subtil verändert hat, zumindest in einigen Teilen der Welt?

Was wäre, wenn soziale Medien nicht bloß eine Plattform für Dissens geworden wären, sondern auch zu einer der Institutionen, durch die Dissens sicher absorbiert und somit, ja, neutralisiert wird? Dies ist, das ist mir bewusst, eine unbequeme These.

Über Generationen hinweg kämpften Verteidiger der freien Meinungsäußerung dafür, dass einfache Bürger ohne Angst sprechen konnten. Ihr Engagement war völlig verständlich. Von Sprache wurde erwartet, dass sie zu etwas führt. Zeitungen informierten. Flugblätter organisierten. Öffentliche Versammlungen mobilisierten. Debatten erzeugten Bewegungen.

Das gesprochene und geschriebene Wort war nicht das Ziel. Es war der Anfang kollektiven Handelns. Heute frage ich mich jedoch manchmal, ob der Ausdruck selbst zum Ziel geworden ist.

Ein wütender Bürger schreibt einen leidenschaftlichen Facebook-Beitrag, in dem er Korruption anprangert. Freunde applaudieren in den Kommentaren. Hunderte klicken auf das bekannte Daumen-hoch-Symbol. Andere teilen den Beitrag und fügen ihre eigenen Worte der Empörung hinzu. Am Abend erlebt der Autor das beruhigende Gefühl, sich „ausgesprochen“ zu haben. Dann gehen alle schlafen.

Am nächsten Morgen kommt eine neue Kontroverse, die die vorherige ersetzt. Messi verschießt einen Elfmeter. Die Regierung macht weiter. Die Institution überlebt.

Die Beziehung zwischen Kommunikation und politischem Wandel

ist natürlich viel älter als Facebook. Jede Generation hat geglaubt, sie hätte eine Technologie entdeckt, die in der Lage sei, die Politik zu verändern. Die Druckerpresse trug die Ideen der Reformation durch Europa. Zeitungen nährten Revolutionen. Das Radio wurde sowohl zur Stimme der Demokratie als auch zum Instrument von Diktatoren. Ende des zwanzigsten Jahrhunderts erlangten selbst der einfache Fotokopierer und das Faxgerät eine fast mythische politische Bedeutung. Daran wurde ich während Malawis eigenem demokratischen Übergang erinnert.

Nach zwölf Jahren politischer Haft fand sich **Aleke Banda** (https://de.wikipedia.org/wiki/Aleke_Banda?) (Aleke Banda war ein malawischer Politiker und Journalist und eine wichtige Figur beim Übergang Malawis zur Mehrparteiendemokratie. — Anm. d. Übers.) in einem Land wieder, das sich nicht nur politisch, sondern auch technologisch verändert hatte. Eine der Erfindungen, die ihn wirklich faszinierten, war das Faxgerät. Während seiner Jahre hinter Gittern war das Faxgerät entwickelt worden, ohne dass er je eines gesehen hatte. Dass ein Dokument fast augenblicklich über Hunderte von Kilometern hinweg eintreffen konnte, faszinierte ihn.

Es war kein Zufall, dass Malawis Bewegung hin zu einer Mehrparteiendemokratie manchmal als die Fax-Revolution oder die Xerox-Revolution bezeichnet wurde. Die Maschinen lieferten die Technologie. Die Organisation lieferte die Revolution.

Faxgeräte ermöglichten es Informationen, schneller als zuvor zu reisen. Fotokopierer vervielfältigten Flugblätter und Erklärungen zu Tausenden. Ideen, die einst von langsamen und unsicheren Kanälen abhängig waren, konnten plötzlich fast über Nacht die Menschen erreichen.

Nachdem ich kurz zuvor meine eigene Stelle als Chefredakteur unter ziemlich politischen Umständen verloren hatte, schloss ich

mich dieser breiteren Bewegung für demokratischen Wandel an. Aleke Banda war eine ihrer führenden Figuren. Um ihn herum versammelten sich viele Menschen, deren Mut und Opfer weit über meine eigenen hinausgingen. Mein Beitrag war ein bescheidener.

Sprache war schon immer mein Handwerk. Ich entwarf Plakate, formulierte Slogans und suchte nach Bildern, die politische Ideen mit Klarheit und Wirkung vermitteln konnten. Ein wohlwollender Drucker in Balaka vervielfältigte die Plakate in großer Zahl. Gemeinsam verteilten die Mitglieder unseres Netzwerks sie überall dort, wo sie gesehen werden konnten. Auf meinen Reisen zurück nach Blantyre hielt ich oft diskret an, um diese „subversiven“ Plakate an Bäume am Straßenrand zu heften, wann immer ich sicher war, dass niemand zusah.

Rückblickend beeindruckten mich nicht die Plakate selbst, sondern die Organisation, die sie erforderten. Eine Idee war nur der Anfang. Diese Idee brauchte Kollegen, brauchte Drucker, brauchte Transportmittel, brauchte Geld, brauchte Vertrauen.

Vor allem brauchte sie Menschen, die bereit waren, den Komfort ihrer privaten Meinung zu verlassen und sich auf die Ungewissheit öffentlichen Handelns einzulassen. Das Faxgerät hat Malawi nicht demokratisiert. Der Fotokopierer auch nicht. Die Menschen taten es. Technologie machte die Organisation lediglich einfacher.

Deshalb frage ich mich, ob unsere neueste Kommunikationstechnologie im Käfig der sozialen Medien diese Beziehung unterschwellig verändert hat. Soziale Medien haben es unendlich viel einfacher gemacht, sich öffentlich zu äußern, als wir es uns damals hätten vorstellen können. Aber haben sie auch die Organisation in allen Bereichen erleichtert? Oder haben sie uns davon überzeugt, dass sich zu äußern bereits bedeutet, sich zu organisieren?

Wenn Millionen von Bürgern sich gleichzeitig äußern, ist jede einzelne Stimme leichter zu ignorieren. Empörung, die früher eine Woche lang die Titelseite einer Zeitung dominiert hätte, konkurriert nun mit Fußballergebnissen, Urlaubsfotos, Prominentenklatsch, humorvollen Videos und Werbung für rabattierte Mobiltelefone um Aufmerksamkeit.

Die Herausforderung ist weniger die Zensur als die Verwässerung. Die Schwierigkeit liegt weniger im Schweigen als im Lärm. Ja, Bürger erleben das zutiefst befriedigende Gefühl, sich Gehör verschafft zu haben. Doch diejenigen, die an der Macht sind, verspüren oft erstaunlich wenig Druck, darauf zu reagieren. Könnte die größte Illusion des digitalen Zeitalters darin bestehen, dass wir das Erheben einer Stimme mit dem Besitz von Macht verwechselt haben?

Ob an der Bastille in Paris, an der Bostoner Uferpromenade, bei Gandhis Salzmarsch, im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika oder beim Übergang Malawis zur Mehrparteiendemokratie – die Geschichte hat wiederholt gezeigt, dass Ideen Gesellschaften erst dann verändern, wenn sie zu organisiertem Handeln werden. Die Wendepunkte der Geschichte wurden selten von Menschen herbeigeführt, die lediglich dieselbe Meinung vertraten. Sie wurden von Menschen herbeigeführt, die gemeinsame Überzeugungen in organisiertes Handeln verwandelten.

Ob sie unsere kollektive Fähigkeit, uns zu organisieren und Veränderungen herbeizuführen, gestärkt haben, bleibt meiner Meinung nach eine der entscheidenden politischen Fragen unserer Zeit. Nichts davon – das muss ich hastig hinzufügen – hat meinen Glauben an die Meinungsfreiheit geschmälert.

Im Gegenteil: Nachdem ich Zensur aus erster Hand erfahren habe, bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass die Freiheit, ohne Angst

zu sprechen, zu schreiben und zu veröffentlichen, zu den größten Errungenschaften jeder zivilisierten Gesellschaft gehört. Ich habe kein Verlangen danach, in eine Welt zurückzukehren, in der Redakteure auf Vorladungen von Polizeipräsidiën warten, Zeitungen zögern, unangenehme Wahrheiten zu drucken, oder Bürger ihre politischen Meinungen hinter verschlossenen Türen flüstern.

Die Frage ist daher, wie Meinungsfreiheit im digitalen Zeitalter funktioniert – und ob wir begonnen haben, sie misszuverstehen.

Die großen demokratischen Bewegungen der Vergangenheit waren zweifellos auf Kommunikation angewiesen. Aber sie hingen auch von etwas anderem ab. Sie erforderten Organisation. Sie erforderten Institutionen. Sie erforderten Vertrauen. Sie erforderten Führung. Vor allem erforderten sie Bürger, die bereit waren, über die bloße Meinungsäußerung hinaus zur Disziplin kollektiven Handelns überzugehen. Diese Entwicklung erscheint nicht mehr ganz so offensichtlich.

Heute können Entscheidungsträger Tausende wütender Social-Media-Beiträge lesen, ohne auch nur einen Moment Schlaf zu verlieren. Tatsächlich müssen viele kaum noch reagieren.

Einige haben gelernt, sich mit ihren eigenen digitalen Armeen aus Influencern, Bloggern und enthusiastischen Anhängern zu umgeben, um sicherzustellen, dass jede Kritik schnell mit einer Gegenkritik, jede Anschuldigung mit einem konkurrierenden Narrativ und jede Kontroverse mit einer weiteren Kontroverse beantwortet wird. Zunehmend wird sogar die Kritik selbst abgefangen, bevor sie an Dynamik gewinnen kann, neutralisiert durch das rhetorische Äquivalent eines Iron Dome: einen permanenten Kommunikationsschild, der den öffentlichen Raum mit Widerlegungen, Ablenkungen und Zerstreuungen überflutet. Das Ergebnis ist nicht Stille, sondern ein ständiger Wettstreit des Lärms,

in dem die öffentliche Aufmerksamkeit selten lange genug verweilt, um zu nachhaltigem politischen Druck zu werden. Auch das breitere internationale Umfeld ist nicht unverändert geblieben.

Wie ich bereits in einem früheren Artikel angedeutet habe, gab es eine Zeit, in der Regierungen den Reaktionen von Entwicklungspartnern, internationalen Finanzinstitutionen und ausländischen Regierungen große Aufmerksamkeit schenkten. Deren Erklärungen konnten Hilfgelder, Investitionen, den diplomatischen Status und gelegentlich auch das politische Verhalten selbst beeinflussen. Auch diese Welt scheint sich zu wandeln. Während sich strategische Prioritäten verschieben und Hilfsbudgets schrumpfen, haben externe Stimmen oft weniger Gewicht als früher. Wenn sich die heimische Empörung in den sozialen Medien zerstreut, während der internationale Druck gleichzeitig nachlässt, kommt man nicht umhin, sich zu fragen, ob der moderne Staat weniger Beschränkungen unterliegt als seine Vorgänger, obwohl er scheinbar unendlich viel mehr Kritik toleriert.

Vielleicht kehre ich deshalb immer wieder zu einer täuschend einfachen Frage zurück:

Wenn die Herrscher von gestern den Buchdruck, die Zeitung und sogar den einfachen Kopierer fürchteten, weil sie verstanden, dass aus Ideen Bewegungen werden konnten, warum scheinen dann so viele der heutigen Herrscher vergleichsweise unbeeindruckt von den Milliarden Meinungen zu sein, die jedes Jahr online veröffentlicht werden?

Ich erhebe keinen Anspruch darauf, die vollständige Antwort zu kennen.

Vielleicht entwickeln sich die sozialen Medien noch zu einem effektiveren Instrument demokratischer Organisation, als sie es

derzeit zu sein scheinen. Möglicherweise zeichnen sich bereits neue Formen politischer Mobilisierung ab, die jenseits des Erfahrungshorizonts meiner eigenen Generation liegen. Haben wir den ersten Schritt zur Veränderung der Gesellschaft getan? Oder haben wir lediglich die wohlige Befriedigung erlebt, uns auszudrücken?

Die Antwort mag noch nicht klar sein. Die Frage jedoch scheint es wert zu sein, gestellt zu werden. Vielleicht lässt sich mein Argument besser in Form eines kurzen imaginären Gesprächs ausdrücken:

Großer Führer: Ich mache mir Sorgen.

Berater: Worüber, Eure großmütige Exzellenz?

Großer Führer: Das Volk. Es weiß, dass die Preise steigen. Es weiß, dass die öffentlichen Dienste versagen. Eines Tages werden sie vielleicht anfangen, die Dinge miteinander zu verknüpfen: das fehlende Gold, den überkauften Dünger, die mysteriösen Ölverträge, das Düngemittelgeschäft mit der Fleischerei, die Art und Weise, wie wir die Eisenbahn verkauft haben, die Geisterschulen, das Stadion, das nie fertiggestellt wurde, den luxuriösen Präsidentenjet, meinen Besuch beim Hexendoktor, die verschwundenen COVID-Gelder, die Wohnungen, die ich in Paris gekauft habe, die Auslandskredite, die zu Privatvermögen wurden. Sie werden auf die Straße gehen. Das wird unser Ende sein ...

Berater: Vor zwanzig Jahren, mein Herr, hätte ich Ihre Sorge geteilt.

Großer Anführer: Vor zwanzig Jahren?

Berater: Ja, meine geliebte Prächtige Exzellenz. Damals hätten sie sich vielleicht organisiert. Sie hätten Flugblätter gedruckt, geheime Treffen abgehalten, Komitees gebildet, Gelder gesammelt und

Demonstrationen geplant.

Großer Anführer: Und heute?

Berater: Heute haben sie soziale Medien.

Großer Anführer: Ich verstehe nicht.

Berater: Sie werden posten, mein großmütiger Anführer.

Großer Anführer: Posten?

Berater: Ja. Lange, leidenschaftliche Posts. Sie fordern deinen Umsturz. Manche können brillant geschrieben sein. Manche werden viral gehen. Tausende Bürger werden applaudieren. Hunderte werden erklären, dass es genug ist. Viele werden sagen, das sei der letzte Tropfen.

Großer Anführer: Und dann?

Berater: Morgen gibt es den nächsten Skandal. Das nächste Trendthema. Arsenal gewinnt den Premier-League-Titel. Der nächste Promi-Streit. Der nächste Aufschrei, der Aufmerksamkeit fordert.

Großer Anführer: Also verschwindet die Wut?

Berater: Sie verschwindet nicht wirklich, Eure Großmütige Exzellenz. Sie zirkuliert, drückt sich aus und erschöpft sich. Dann wartet sie geduldig auf die nächste Gelegenheit, sich erneut auszudrücken.

Großer Anführer: Und wir?

Berater: Wir geben eine Erklärung ab. Falls nötig, geben unsere Unterstützer zwanzig weitere Erklärungen ab. Unsere Influencer erklären, warum man Eure Exzellenz missverstanden hat. Andere werfen den Kritikern Heuchelei vor. Nach kurzer Zeit streitet jeder mit jedem.

Großer Anführer: Sie lassen das Regieren bemerkenswert einfach klingen.

Berater: Es ist einfacher, als Zeitungen zu verbieten, Redakteure einzusperren und Druckmaschinen zu beschlagnahmen.

Großer Anführer: Also bedroht uns die Redefreiheit nicht mehr?

Berater: (mit einem schelmischen Grinsen) Im Gegenteil, Exzellenz. Die freie Meinungsäußerung bleibt eine wunderbare Sache, (Er hält inne, bevor er leise hinzufügt) besonders wenn die Leute das Sprechen mit Macht verwechseln.

Zum ersten Mal an diesem Morgen lächelte der Große Anführer.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst am 17. Juli 2026 unter dem Titel “**Why Tyrants May No Longer Fear Free Speech** (<https://kenlipenga.substack.com/p/letter-from-africa-ab7>)” auf dem **Subtack** (<https://kenlipenga.substack.com>) von Ken Lipenga. Er wurde von Silvia Lorenz für *Manova* übersetzt und vom ehrenamtlichen *Manova*-Korrektorat-Team lektoriert.



Ken Lipenga ist ein malawischer Schriftsteller, Essayist, Wissenschaftler und ehemaliger Journalist, der viele Jahre lang unter anderem Minister für Finanzen und Wirtschaftsplanung, Handel und Industrie, Tourismus sowie Information war. Davor arbeitete er als Universitätsdozent und Chefredakteur zweier führender malawischer Zeitungen. Heute lehrt er Literatur und Kommunikation an der Malawi University of Science and Technology. In seinen Texten verbindet er literarische Reflexion mit politischen Erfahrungen, Humor und genauer Beobachtung menschlichen Verhaltens. Als leidenschaftlicher Bergsteiger fühlt er sich besonders dem höchstem Berg Malawis, dem Mount Mulanje, verbunden. Die Bedrohung seiner natürlichen Umwelt finden immer wieder Eingang in seine Texte.